

Am 22. September ist Frühlingsanfang.



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Wir haben allen Anlass zu **Optimismus**

Am 20. März hat der Generalsekretär eine Großfläche mit einem blühenden Stiefmütterchen vorgestellt. Aufschrift: „Am 22. September ist Frühlingsanfang.“ **Kein Irrtum, sondern das wichtigste Datum auf dem politischen Kalender dieses Jahres.**

Laurenz Meyer untermalte die Erwartung, die er an das Datum stellt, mit einem so strahlenden Lächeln,

dass ihn die Journalisten, die ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen waren, fragten:

- Woher die gute Laune?
- Gibt es neue Umfragen?

Seine Antwort: „So richtig strahlen werden wir erst in einem halben Jahr. Aber auch heute schon haben wir allen Anlass zu Optimismus.“

... **NICHT GERADE** angesichts der rot-grünen Bilanz. Diese Regierung hat Deutschland an das Tabel-

lenende in Europa geführt: bei Wachstum, Arbeitsplätzen, Bildung, Gesundheit ...

ABER in dem Bewusstsein: CDU und CSU haben gleich zu Kalender-Jahresbeginn einen guten Start ins Wahljahr hingelegt und ihre guten Chancen noch verbessert.

ALSO: „Am 22. September ist Frühlingsanfang.“ Am 31. März und 1. April ist aber erst einmal Ostern.

*Gesegnete und
schöne Feiertage!*

ANGELA MERKEL:

■ www.wahlkreis300.de
 – Angela Merkel startet neue Internet-Seite der CDU (Seite 5) ■ Andreas Schmidt: Rot-grüne Ausschussmehrheit hat die Untersuchung der SPD-Finzen verhindert (Seite 8-9) ■ Vordringlich: Arbeitslosigkeit überwinden. Meinungs austausch zwischen CDU-Präsidentium und Vertretern der Deutsche Bischofskonferenz (Seite 9) ■ Karl-Josef Laumann: Reform der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Rücken der Arbeitslosen (Seite 10) ■ Maria Böhmer: Wer Rot-Grün vertraut, muss vom Prinzip „Hoffnung“ leben (Seite 11) ■ Union kritisiert Informationspolitik der Bundesregierung. Brief von Merkel, Merz und Glos an den Bundeskanzler (Seite 12) ■ Jochen Borchert: Ein klares Signal an die evangelischen Christen in Deutschland. 50 Jahre Evangelischer Arbeitskreis (Seite 14–17) ■ Angela Merkel Gast bei der Fraktionsklausur der Berliner CDU (Seite 18)

Das Grundgesetz um den Tierschutz erweitern

Die CDU hat ein wichtiges Anliegen vieler Menschen aufgegriffen. Sie will Artikel 20a Grundgesetz um den Tierschutz erweitern.

Nach einer Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 18. März kündigte die Parteivorsitzende an, bei den anstehenden Beratungen für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes einzutreten.

In elf Landesverfassungen sei der Tierschutz bereits verankert – z. B. in Bayern. Die Entscheidung der CDU sichere nun auch die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag, um dem Tierschutz Verfassungsrang zu geben.

Zeit sozialistischer Mehrheiten in Europa abgelaufen

Einen Glückwunsch hat die Parteivorsitzende im Namen von Präsidium und

Bundesvorstand an die Wahlsieger in Portugal, Durao Barroso und die Mitte-Rechts-Parteien, gerichtet.

Mit diesem weiteren Regierungswechsel in Europa nach Niederlagen der Sozialisten in Österreich, Italien, Dänemark und Norwegen sei auch die Episode der sozialistischen Mehrheit im Ministerrat vorbei.

Angela Merkel: „Noch 1998 waren fast zwei Drittel der Staats- und Regierungschefs Sozialdemokraten. Jetzt gibt es diese Mehrheit nicht mehr.“

Mit den vier bevorstehenden Wahlen in Frankreich, in den Niederlanden, in Schweden und in Deutschland könne sich die Lage der „Sozialistischen Internationale“ weiter verschlechtern. „Die Union an der Seite ihres Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber wird ihren Beitrag leisten, damit es auch wirklich so kommt.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Rot-Grün hat die Zuwanderung **nun endgültig** zum Wahlkampfthema gemacht

„Ich hoffe, dass Bundespräsident Johannes Rau das Gesetz nicht unterschreibt und so das parteipolitische Taktieren von Bundesratspräsident Wowerit revidiert.“

Mit diesem Satz drückt Angela Merkel die einhellige Meinung von CDU und CSU aus: Der am Freitag gegen eine ausdrückliche Verfassungsvorschrift zustande gekommene Zuwanderungsbeschluss darf nicht Gesetzeskraft erhalten.

Es wiege schwer, erklärte der Kanzlerkandidat der Union, dass auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Altbundespräsident Roman Herzog,

die Verfassungswidrigkeit „unmissverständlich feststellt“ und das von Wowerit verkündete Abstimmungsergebnis „für ungültig“ hält.

Bundesrat beschädigt

Edmund Stoiber: „Mit dem kühl kalkulierten, ausschließlich dem Machterhalt der rot-grünen Koalition dienenden Verfassungsbruch hat Schröder den Bundesrat beschädigt und den Bundespräsidenten in eine prekäre Lage gebracht.“

Sollte Johannes Rau das fragliche Gesetz entgegen den dringenden Warnungen namhafter Verfassungsrecht-

ler unterzeichnen, werde die Union vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Angela Merkel: „Es liegt jetzt in der Hand des Bundespräsidenten, nach seinem Motto *Versöhnen statt spalten* zu handeln.“ Rot-Grün jedenfalls, erklärte die Parteivorsitzende auf dem Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern in Rostock, habe sich nicht daran gehalten und nun endgültig dafür gesorgt, dass Zuwanderung zum Wahlkampfthema wird.

DOKUMENTATION

Deutschland im internationalen Vergleich

Daten und Fakten, die insbesondere Defizite in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern, öffentliche Haushalte und Bildung aufzeigen

Datengrundlage: amtliche Statistiken, wissenschaftliche Beiträge sowie Presse- und Internetquellen

GRUNDGESETZ ARTIKEL 51.3 LAUTET: „Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder durch deren Vertreter abgegeben werden.“ ■ Dazu **Ernst Benda**, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts: „Der Artikel 51 ist eindeutig. Daraus ergibt sich, dass die Stimmen von Brandenburg nicht hätten gewertet werden dürfen.“ ■ **Hans Hugo Klein**, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht: „Das Gesetz ist nach meinem Dafürhalten nicht durch. Es ist nicht ordnungsgemäß zustande gekommen, weil nach dem Grundgesetz die Stimmen eines Landes nur einheitlich abgegeben werden können, und das ist ganz offensichtlich nicht geschehen.“

Foto: Laurence Chaperon



Konzentration aller Kräfte – – –

– – – hier wird sie sichtbar: auf dem gemeinsamen Foto der Mitglieder der Präsidien von CDU und CSU am 9. März in Wörlitz.

■ Mit dem Beschluss „Im Osten was Neues“ und dem Sonderförderprogramm Ost als wichtigstem Teil dieses Beschlusses haben CDU und CSU in Wörlitz eine wichtige Programm-Aussage für

die Bundestagswahl am 22. September getroffen.

■ Am 29. April werden die beiden Präsidien erneut zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen – diesmal in Berlin – und im Anschluss an ihre Beratungen das gemeinsame Wahlprogramm der Union vorstellen.

Heute schon ist klar: ■ In Deutschland muss wieder

richtig regiert werden. ■ Die Union will deshalb die rot-grüne Koalition ablösen. ■ CDU und CSU trauen – anders, als Schröder das tut – den Menschen in diesem Land etwas zu. ■ Deutschland darf nicht länger auf fast allen Feldern Schlusslicht in Europa sein.

Angela Merkel:

„Dafür kämpfen wir. Und wir haben alle Chancen zu gewinnen.“

UD

www.wahlkreis300.de

Die Parteivorsitzende startet neue Internet-Seite der CDU

Am 22. September werden in 299 realen Wahlkreisen zwischen Nordfriesland und dem Bodenseekreis Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag gewählt. In diesem Jahr gibt es einen zusätzlichen Wahlkreis. Der Wahlkreis 300 hat jedoch keine geografischen Grenzen, er befindet sich im Internet.

Unter der Domain www.wahlkreis300.de wird parallel zum Bundestagswahlkampf ein simulierter Wahlkampf im Internet stattfinden. Die Aktionsmöglichkeiten der Spieler schaffen dabei echte Wahlkampf-Atmosphäre.

Von der Diskussion auf dem Marktplatz über das Erstellen und Verteilen von Flugblättern bis zur Pressekampagne ist alles möglich. Am Ende des Spiels wird dann auch der Abgeordnete des Wahlkreises 300 gewählt. Der Sieger wird am Abend der Bundestagswahl ermittelt.

Mit dem Wahlkreis 300 startet die CDU, neben dem bereits sehr erfolgreich angelaufenen

ten.de, ihr zweites neues Tool im Internet-Wahljahr 2002. www.wahlkreis300.de soll vor allem jüngere Surfer ansprechen und für politische Beteiligung begeistern.

Der Beta-Test: Die Parteivorsitzende eröffnete am 19. März bei ihrem CeBIT-Besuch den öffentlichen Beta-Test des Wahlkreises 300. Die Netznutzer erhalten vor der endgültigen Eröffnung die Gelegenheit, das System zu testen und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Interessenten können sich unter www.wahlkreis300.de anmelden. Nach dem Abschluss des öffentlichen Beta-Tests kann ab April der virtuelle Wahlkampf richtig losgehen.

Das Projekt entstand in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom AG und der Internet Agentur OnlineX aus Rostock.

Der Spielablauf: Die User betreten den Wahlkreis 300 zunächst als Gast. Nach einer Anmeldung im virtuellen Einwohnermeldeamt werden sie zunächst Bürger des Wahlkreises 300. Dies eröffnet ihnen erste Interaktionsmöglichkeiten (Lese- und Schreibrecht im öffentlichen Forum, Teilnahme an Umfragen, etc.). Durch diese Aktivitäten verdienen die Teilnehmer Einsatzpunkte.

<http://www.cdu.de>
**Ausführliche
 Beschreibung des
 neuen Angebots:
 www.cdu.de**

Argumente und Fakten zur Bestechungsaffäre der SPD

Was ist vorgefallen?

■ In den Jahren 1994 bis 1998 hat die SPD nach derzeitigen Erkenntnissen mindestens 424.000 € (rund 830.000 DM) Spendengelder angenommen und falsch verbucht. Das Geld steht möglicherweise im Zusammenhang mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage in Köln. Die Summe wurde gestückt und als Spenden von 42 SPD-Ratsmitgliedern verbucht, die dafür Spendenbescheinigungen erhalten haben

■ Die bisherige Summe ist wahrscheinlich nur der Anfang. Im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage hat die Staatsanwaltschaft eine möglicherweise veruntreute Gesamtsumme von 30 Millionen Mark festgestellt. NRW-Ministerpräsident Clement (SPD) dazu: „Wenn sich dieser Verdacht in Köln bestätigen sollte, wäre das einer der schwersten Korruptionsfälle, den es in Deutschland gegeben hat“ (dpa, 12. März 2002).

■ Fest steht: der SPD-Skandal beschränkt sich nicht auf

Köln, sondern ist ein Problem der gesamten SPD:

► Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag NRW, Marc Eumann, hat zugegeben, eine Spendenquittung angenommen zu haben.

► Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den SPD-Oberbürgermeister der Stadt, Hans Kremendahl, wegen des Verdachts der Vorteilsnahme. Ermittelt wird auch gegen den Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Wuppertal. Laut Staatsanwaltschaft hat ein Bauunternehmer den Wahlkampf von Kremendahl mit 256.000 € unterstützt.

► Unklar ist die Rolle des SPD-Generalsekretärs Müntefering, der als Landesvorsitzender der SPD NRW damals die politische Verantwortung trug.

■ Die SPD selbst geht von weiteren Enthüllungen aus. So sagte der Innenexperte der SPD, Dieter Wiefelspütz, am 12. März im Hessischen Fernsehen: „Ich betone, mein Eindruck ist der – auch in Kenntnis solcher Abläufe: Für mich ist das erst der An-

fang. Was ich befürchte, ist, (...) dass wir in der Tat käufliche Politik haben“.

Was muss jetzt geschehen?

■ Im Laufe der 40 Jahre, die die SPD in NRW regiert, ist ein überaus problematisches Beziehungsgeflecht entstanden. Man denke nur an den Skandal um Gratisflüge für SPD-Politiker im Firmenjet der WestLB. Das muss jetzt alles genau untersucht werden.

■ Die SPD-Affäre hat eine neue Qualität. Hier geht es nicht nur um falsch verbuchte Spenden, sondern um Steuerhinterziehung durch Mandatsträger der SPD und möglicherweise um Korruption.

■ Der Spenden-Untersuchungsausschuss im Bundestag muss alle Vorgänge der SPD in Köln genau untersuchen. Der selbsternannte Chefaufklärer Müntefering ist dafür verantwortlich, alle Akten und Fakten schnellstmöglich auf den Tisch zu legen. Anschließend muss er als ehemaliger Landesvorsitzender

der SPD in NRW aussagen, weil er die politische Verantwortung trägt.

■ Wir fordern, dass Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Bestimmungen des Parteiengesetzes mit aller Konsequenz anwendet.

■ Bei der SPD gibt es über die jetzige Affäre hinaus noch weiteren Klärungsbedarf: Bei vorherigen Skandalen wie bei der Privatflieger-Affäre in NRW, der Finanzierung der Parteizeitung „Vorwärts“ durch Anzeigenschaltungen der SPD-Bundestagsfraktion oder bei den undurchsichtigen SPD-Medienbeteiligungen in Milliardenhöhe reagierte die Sozialdemokraten bislang stets mit einer Mauer des Schweigens. Auch diesmal werden die Unterlagen nicht unabhängigen Dritten übergeben, sondern von der SPD-Innenrevision und von Generalsekretär Müntefering „gemanagt“. Es sieht nicht so aus, als würde die SPD aus Fehlern lernen.

Schaden für die politische Kultur

■ Wir empfinden keine Schadenfreude. Dazu ist der Schaden, den die politische Kultur in unserem Land insgesamt nimmt, zu groß.

■ Wir wollen niemanden vom hohen Ross herunter verurteilen, wie die SPD es ihrerseits mit uns getan hat. Uns geht es lediglich darum, dass die SPD nun selbst auf dem Boden der Realität gelandet ist – und ihre Diffamierungen einstellen muss. Sie hat ihre moralische Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen

■ „Ich spreche der CDU die moralische Legitimation ab, unser Land zu regieren.“ (SPD-Fraktionschef Peter Struck im November 2000 laut Bild-Zeitung, 7.3.02)

■ „Es kommt bei den Wahlen vor allem auf Glaubwürdigkeit an und auf Handlungsfähigkeit. Da liegen die Sozialdemokraten weit vorn.“ (Franz Müntefering laut ARD, 1.2.2001)

■ „Es gab und gibt bei uns keine schwarzen Kassen.“ (Franz Müntefering laut Welt, 4.12.1999)

■ „Da, wo solche Stückelungen für uns erkennbar sind, werden sie ordnungsgemäß von uns zusammengeführt und ausgewiesen. Wenn ein Unternehmen seine Spenden gestückelt hat, bitten wir entweder, dass wir den Namen nennen dürfen–,

oder wir geben alles, was über der besagten Grenze von 20 000 Mark liegt, zurück.“ (Franz Müntefering laut Welt, 4.12.1999)

■ „Wir stückeln keine Spenden! Ich wiederhole es noch einmal: Spenden stückeln wir nicht. Wir rechnen sie zusammen. Noch nie hat ein Spender uns eine Spende über 20.000 DM angeboten und von uns verlangt, wir sollten die Spende stückeln, um die Veröffentlichungspflicht zu umgehen. Wir würden dies auch ablehnen. Wir führen im Gegenteil die Spenden zusammen. Wir überprüfen alle Spenden, die wir erhalten, vom Parteivorstand bis zu den Ortsvereinen, ob es einen Zusammenhang bei den Spendern gibt.“ (SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin im Dezember 1999)

■ „Alles, was bei uns überprüft worden ist, ist tadellos in Ordnung. Besser kann man es überhaupt nicht machen.“ (Gerhard Schröder laut ZDF, 9.2.2000)

Weitere Kommentare zum SPD-Skandal (Noch längst nicht alles auf dem Tisch – Erhebliche kriminelle Energie) unter „Aufgelesen“, Seite 20-21

ANDREAS SCHMIDT:

Rot-grüne Ausschussmehrheit hat Untersuchung der SPD-Finanzen **verhindert**

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss hat am 18. März zu Beginn der mündlichen Verhandlung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts betr. die Organklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. UA gegen den 1. UA der 14. Wahlperiode folgende Erklärung abgegeben:

Das zur Verhandlung anstehende Organstreitverfahren mit dem verbundenen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist darin begründet, dass sich die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages durch das Verhalten der rot-grünen Ausschussmehrheit in ihren Minderheitenrechten verletzt sehen.

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Februar 2000 den 1. Untersuchungsausschuss beauftragt zu untersuchen, ob und inwieweit Parteien gegen die im Grundgesetz und im Parteiengesetz nor-



mierte Transparenzpflicht verstoßen haben.

Nach dem Untersuchungsauftrag stehen also alle Parteien – nicht nur die CDU – auf dem Prüfstand der parlamentarischen Untersuchung.

Die Realität ist jedoch eine andere: Die rot-grüne Ausschussmehrheit hat die Untersuchung der SPD-Finanzen erfolgreich verhindert, indem Zeugen, deren Vernehmung beschlossen war, einfach nicht terminiert und indem Beweisanträge der qualifizierten Minderheit als unzulässig abgelehnt wurden.

Die Vereitelung der Beweisanträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss beruhen nach unserer Überzeugung auf reiner Willkür der Ausschussmehrheit.

Soweit unseren Beweis- anträgen entgegengehalten worden ist, einer Aufklärung bedürfe es nicht, weil der Bundestagspräsident bereits geprüft und festgestellt habe, dass alles in Ordnung sei, verkennt diese Argumentation das Wesen parlamentarischer Untersuchungen.

Der Untersuchungsausschuss selbst soll die zu untersuchenden Vorgänge prüfen können und sich nicht auf das Prüfungsergebnis – welcher Behörden auch immer – verlassen müssen.

Die aktuelle SPD-Spendenaffäre in NRW dokumentiert, dass die Nichtbeanstandung des Rechenschaftsberichts einer Partei durch den Bundestagspräsidenten sicher kein Beweis dafür ist, dass die Angaben in diesem Rechenschaftsbericht auch der Wahrheit entsprechen. Kein Bundestagspräsident hat jemals die Rechenschaftsberichte der SPD wegen der jetzt bekannt gewordenen Spendenvorgänge beanstandet.

Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, dass der Prüfungsmaßstab des Bundestagspräsidenten allein

Vordringlich: Arbeitslosigkeit überwinden

Vertreter des Präsidiums unter der Leitung von Angela Merkel und Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Karl Lehmann sind am 14. März in Berlin zu einem Meinungsaustausch zusammen getroffen.

Im Mittelpunkt der Begegnung standen Fragen der Bioethik, das Zuwanderungsgesetz und die Problematik auf dem Arbeitsmarkt.

Im Blick auf die Entscheidung des Deutschen Bundestags zum Import menschlicher embryonaler Stammzellen wiesen Teil-

nehmer der CDU darauf hin, dass die Diskussion innerhalb der CDU von großem gegenseitigem Respekt geprägt war und sich der Einzelne seine Entscheidung niemals leicht gemacht hat. Die Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz würdigten den entschiedenen Einsatz der Bundestagsabgeordneten zur Verhinderung einer verbrauchenden Embryonenforschung; sie bedauerten aber auch, dass viele Unionsabgeordnete einem Import menschlicher embryonaler Stammzellen unter restriktiven Voraussetzungen zugestimmt haben.

In der Frage der Zuwanderung bestand Einigkeit, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen unzureichend seien und durch ein neues Gesetz abgelöst werden müssen. Beide Seiten waren sich einig, dass Familien das Recht haben, zusammen zu leben. Unterschiedliche Meinungen bestanden allerdings über die Regelung des Nachzugsalters im Gesetz.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit wurden als besonders dringlich angesehen. Die Vertreter der CDU erläuterten ihr Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

das Parteiengesetz ist, während dem Untersuchungsausschuss auch das Grundgesetz als Prüfungsmaßstab aufgegeben ist.

Ich will hier auch sehr deutlich machen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihre Mitglieder im 1. Untersuchungsausschuss allergrößten Wert darauf legen, dass der zu erstellende Schlussbericht rechtzeitig vorgelegt wird, so dass dieser Deutsche Bundestag in dieser Legisla-

turperiode ihn noch debattieren und die Öffentlichkeit ihn rechtzeitig vor der Bundestagswahl zur Kenntnis nehmen kann.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir dieses Ziel erreichen können, auch wenn wir die streitigen Zeugenvernehmungen durchführen und die beantragten Aktenbeziehungen vornehmen. Es steht uns noch genügend Zeit zur Verfügung.

Der Untersuchungsausschuss hat eine Vielzahl

von Aktenbeziehungen, Zeugenvernehmungen, sowie die Terminierung der Vernehmung der Zeugen Terlinden, Müntefering und Schartau für den 21. März 2002 beschlossen – letzteres übrigens auf Antrag der SPD.

Dies zeigt: Bei den strittigen Fragen der Beweisaufnahme geht es nicht um Zeitprobleme, sondern offensichtlich um politische Opportunitäten der rot-grünen Ausschussmehrheit. **UD**

Reform der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Rücken der Arbeitslosen

Gegen den Widerstand der Sozialdemokraten hat die Union das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit aufgebrochen und private Arbeitsvermittlung zugelassen. Effektivität und Akzeptanz der Arbeitsämter werden nur dann erhöht, wenn sie sich im Wettbewerb und in der Kooperation mit privaten Anbietern bewähren müssen.

Die jetzt vorgelegten Pläne der Bundesregierung zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und privaten Arbeitsvermittlern sind konfus, widersprüchlich und zum Nachteil von Arbeitslosen.

■ Die Inanspruchnahme einer privaten Arbeitsvermittlung soll erst nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit auf Kosten des Arbeitsamtes möglich werden. Das mindert die Chancen von Arbeitssuchenden, möglichst rasch wieder in Lohn und Brot zu kommen. Richtig wäre es, die private Arbeitsvermittlung vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an bei anteiliger Kostenerstattung zuzulassen.

■ Private Arbeitsvermittler sollen als Honorar für ihre Tätigkeit bis zum 2 $\frac{1}{2}$ -fachen des neuen Arbeitsentgeltes in Rechnung stellen dürfen. Das Arbeitsamt übernimmt aber – bei einer Arbeitslosigkeit von bis zu 6 Monaten – nur einen Kostenanteil von 1.500 Euro. Das ist zu wenig.

BEISPIEL: Ein Arbeitsloser wird in einen Job mit einem Monatsverdienst von 2.000 Euro vermittelt. Die Vermittlungsgebühr beträgt 2 $\frac{1}{2}$ x 2000 = 5.000 Euro. Davon zahlt die Arbeitsverwaltung 1.500 Euro. Der ehemals Arbeitslose bleibt auf Kosten von 3.500 Euro sitzen. Das ist unzumutbar.

■ Das rot-grüne Gesetz ist unwirtschaftlich.

BEISPIEL: Ein seit 10 Monaten Arbeitsloser hat Anspruch auf einen Kostenanteil für private Vermittlung von 2.500 Euro. Er wird privat in einen neuen Job vermittelt, der mit 800 Euro monatlich entlohnt wird. Die Vermittlungsgebühr darf eigentlich nur 2 $\frac{1}{2}$ x 800 = 2000 Euro betragen. Dennoch darf der private Vermittler die im Rahmen ei-

nes Gutschein-Systems zur Verfügung gestellten 2.500 Euro behalten. Dies ist eine ungerechtfertigte Verschwendung von Mitteln der Bundesanstalt.

■ Die Höhe des Kostenanteils der Bundesanstalt bei der Inanspruchnahme privater Arbeitsvermittlung orientiert sich ausschließlich an der Dauer der Arbeitslosigkeit. Andere Vermittlungsschwernisse, wie z.B. gesundheitliche Probleme oder unzureichende Qualifikation, werden überhaupt nicht berücksichtigt.

Der rot-grüne Gesetzentwurf zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit weist in die richtige Richtung, ist aber noch völlig unausgereift. Neben den aufgezeigten Nachteilen fehlen wesentliche Reformschritte völlig: Es gibt keine Ansätze zur Konzentration auf die Kernaufgaben der Bundesanstalt. Die dringend notwendige Zusammenführung der Arbeit der Sozialämter und der Arbeitsämter wird nicht angepackt. Der Bundesregierung fehlt die Kraft für wirkliche Re-

MARIA BÖHMER:

Wer **Rot-Grün** vertraut, muss vom Prinzip „**Hoffnung**“ leben

Zu Gleichstellungspolitik der Grünen erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Grünen haben ein weiteres Glaubwürdigkeitsproblem. Jetzt stellt sich Joschka Fischer vollmundig an die Spitze der Gleichberechtigungsbewegung. Die Realität sieht anders aus: Wo waren die Grünen, als es in den 3 1/2 Jahren rot-grüner Regierungszeit um eine Politik für Frauen ging?

■ **Wo haben sie** sich gegen neue Benachteiligungen für Frauen bei der Rente gestellt? Sie haben die Abschaffung der Witwenrente mitbeschlossen und keine Kompensation geschaffen.

■ **Was haben sie** konkret für die Gleichberechtigung der Frauen getan? Sie haben mit der rot-grünen Bundesregierung das Gleichstellungsgesetz 1. Klasse beerdigt.

■ **Wo haben sie** für Verbesserungen bei der Kinderbetreuung gesorgt? Bei berufsbedingten Betreuungskosten bleiben Eltern auf den ersten 1500 Euro sitzen. Nicht erwerbstätige gehen gerade leer aus.

■ **Wo haben sie** allein erziehende Mütter entlastet? Sie haben mit dem sog. „Zweiten Familienförderungsgesetz“ allein Erziehende durch die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages finanziell massiv schlechter gestellt. Viele werden dadurch in die Sozialhilfe gedrängt.

■ **Wo haben sie** für Entlastung in privaten Haushalten

gesorgt? Die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltskräften wurde abgeschafft. Damit haben die Grünen der Doppelbelastung von Frauen zwischen Haushalt und Beruf weiteren Vorschub geleistet.

DAS FAZIT:

Wer Rot-Grün vertraut, muss auch weiterhin vom Prinzip „Hoffnung“ leben.

PRAKTIKUM BEI DER CDU IM ERFTKREIS

Politikern über die Schulter **geschaut**

Im Rahmen ihres Studiums der Kulturwissenschaften an der Universität Frankfurt/Oder nahm Aneta Kaczmarczyk im CDU-Center-Erftkreis (CDU-Kreisgeschäftsstelle und Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten Michael Breuer, Jürgen Rüttgers und Willi Zylajew) Einblicke in die Arbeit der CDU und der Abgeordneten. Die 21-jährige Studentin aus Polen sah den Abgeordneten und den Mitarbeitern vier Wochen lang in Frechen über die Schul-

ter. Zu dem Praktikum gehörte auch der Besuch zweier Kommunalfraktionen und die Teilnahme an vielen CDU-Veranstaltungen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene. Höhepunkt war ein Besuch im Landtag, bei dem sie von Willi Zylajew betreut wurde. Aneta Kaczmarczyk: „In diesen Wochen habe ich viel über das politische System in der Bundesrepublik Deutschland gelernt. Ich kann jedem Interessierten ein solches Praktikum empfehlen.“

Tarifpolitische Rituale

■ Vor der Gefahr eines Arbeitskampfs hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Matthias Wissmann**, gewarnt: „Angesichts von knapp 4,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland wären lange tarifpolitische Rituale fehl am Platz.“ Wenn die Lohnentwicklung den Produktivitätszuwachs und die Inflationsrate übersteigt, erhöht sich die Arbeitslosigkeit; liegen sie gleich, entsteht keine neue Beschäftigung.

Milliarden-Verluste

■ Mit falschen Angaben erschleichen Arbeitslose und Betriebe mehr Geld vom Staat, als ihnen zusteht. Fliegt der Schwindel auf, dann bekommt die Bundesanstalt für Arbeit trotzdem keinen Cent zurück. Die Rückforderungen belaufen sich inzwischen auf 2,15 Milliarden Euro. 376 Millionen Euro davon sind zu viel gezahltes Arbeitslosengeld. **Hans-Joachim Fuchtel** MdB: „Würde die Bundesanstalt die Außenstände konsequent eintreiben, könnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 auf 6,3 Prozent sinken.“

Neuer Rekord

■ Hehre Ziele hat Wirtschaftsminister Müller im

BRIEF AN DEN BUNDESKANZLER

Union kritisiert Informationspolitik der Bundesregierung

Folgenden Brief haben am 19. März die Parteivorsitzende Angela Merkel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, sowie der erste stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Glos, an den Bundeskanzler geschrieben. Ein gleichlautender Brief ging dem Bundeskanzler auch durch Partei- und Fraktionsführung der FDP zu:

Mit erheblichem Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass in der heutigen Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aus einem Protokoll zitiert wird, das vorgeblich den Verlauf der Unterrichtsrunde zwischen Bundesregierung und Opposition über den Stand des Einsatzes der Bundeswehr im

Nahen und Mittleren Osten wiedergibt. Wir lassen dahin gestellt, ob dieses Protokoll den Gesprächsverlauf richtig wiedergibt. Schließlich liegt uns dieses Protokoll nicht vor.

Zudem stellen wir fest, dass wir zu keinem Zeitpunkt vor, während oder nach der Unterrichtung darüber informiert wurden, dass ein Protokoll erstellt wird. Dieses Protokoll liegt nun nicht uns als Teilnehmern der Unterrichtung, sondern der Presse vor. Wir stellen deshalb fest, dass die Vertraulichkeit der Sitzung von Seiten der Regierung gebrochen worden ist.

Der Vorgang insgesamt markiert einen Tiefpunkt der Informationspolitik der Regierung gegenüber der Opposition in außenpolitisch kritischer Zeit.

Mittelstandsbericht formuliert. In der Praxis geschieht das Gegenteil. Versprochen wird: Ausgaben senken. Auf unter 40 Prozent wollte Rot-Grün die Sozialabgaben senken. Fakt: Unter Berücksichtigung der Ökosteuer und der

Neuregelung der Abgabepflicht bei geringfügiger Beschäftigung liegt die Belastung von Bürgern und Betrieben heute bei 43,6. **Hans-Jürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Neuer Rekord.“ **UD**

ETWA 700 der rund 20.000 Sozialdemokraten in Berlin haben ihr Parteibuch zurückgegeben, und zwar seit dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der PDS im Januar. Besonders groß sind die SPD-Mitgliederverluste im Westteil der Hauptstadt.

DIE KONTROLLE über die Parteifinzen sollte nach Ansicht des Göttinger Politikwissenschaftlers Peter Lösche von einer unabhängigen Kommission mit staatsanwaltschaftlichen Befugnissen übernommen werden. Deren Mitglieder müssten nach dem gleichen Wahlverfahren bestimmt werden wie die Richter am Bundesverfassungsricht. Die Kommission müsste in die Lage versetzt werden, jederzeit und in jedem Unterbezirk oder Kreisverband die Bücher zu prüfen. Lösche: „Die Kölner Spendenaffäre könnte sich bereits auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt auswirken.“

EINEN NEUEN Höchststand werden in diesem Jahr die Unternehmensinsolvenzen erreichen. Die Wirtschaftsankunft Creditreform erwartet einen Anstieg um rund ein Viertel gegenüber dem Vorjahr, in dem 32.278 Unternehmen Pleite

CDU-Kandidat Martin Patzelt **gewinnt** Bürgermeister-Stichwahl in Frankfurt/Oder

Mit 53,27 Prozent der Stimmen hat sich bei der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters im brandenburgischen Frankfurt/Oder der CDU-Kandidat Martin Patzelt durchgesetzt. Verloren hat die Wahl der Kandidat vom Bürgerbündnis 2002, der ehemalige hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter Axel Henschke, der auf 46,73 Prozent der Stimmen kam.

gegangen waren: 14 Prozent mehr als in 2000. Höhe der offenen Forderungen aller Insolvenzanträge zusammen: 31 Milliarden Euro. In 2000 waren es 24 Milliarden. Am stärksten betroffen: wiederum das Baugewerbe mit 28 Prozent Insolvenzen.

IMMER HÄUFIGER können private Schuldner die Forderungen ihrer Gläubiger nicht begleichen. 1,33 Millionen Mal mussten sich im vergangenen Jahr die Gerichte damit befassen: ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 17,5 Prozent, im Osten sogar um 28,2 Prozent, hat die Wirtschaftsauskunftei Bürgel ermittelt.

GEGEN TERROR will der Allianz-Konzern demnächst wieder Flugzeuge umfassend versichern. Die genauen Modalitäten stehen noch nicht fest. Die Dekungssumme soll sich auf bis zu fünf Milliarden Dollar (5,7 Milliarden Euro) belaufen.

41 TAGE IM JAHR klagen 8,3 Millionen Menschen in Deutschland über Symptome allergischen Schnupfens. Das ergab eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK). 76 Prozent der Betroffenen leiden an Heuschnupfen, also einer Allergie gegen Pollen und Gräser. Viele von ihnen haben aus diesem Grund ihre Lebensweise geändert und meiden während des Pollenflugs das Freie.

VERDOPPELT hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der Ratten in Deutschland: auf 300 Millionen. Die Zunahme führen die Schädlingsbekämpfer vor allem auf die „Finanzmisere in den Kommunen“ zurück. Außerdem kritisieren Experten, dass immer mehr Essensreste durch die Toiletten in die Kanalisation gespült werden und den Ratten als Nahrungsquelle dienen. **UD**

JOCHEN BORCHERT:

Ein klares Signal an die evangelischen Christen in Deutschland

Als der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert, in seiner Einladung zum 50 jährigen Bestehen des EAK schrieb: „Lassen Sie uns diesen Anlass zu einem Fest protestantischen Bekenntnisses in der CDU/CSU werden“ wusste er selbst noch nicht, dass der 16. März diesen Wunsch über alle Maßen erfüllen sollte. Weit über 2000 Menschen kamen in die überfüllte Siegerlandhalle, um beim Festakt mit dabei zu sein.

Der Bundesvorsitzende begrüßte in seiner Ansprache die Parteivorsitzende Angela Merkel, den Bundes-

präsidenten a.D. Roman Herzog, den Altbundeskanzler Helmut Kohl, den Ratsvorsitzenden der EKD, Manfred Kock, und viele andere Vertreter aus Politik und Kirche, die als Redner und Gäste nach Siegen gekommen waren.

Vor dem Festakt traf man sich zum Gottesdienst. Präses Manfred Sorg predigte über das Bibelwort: „Suchet der Stadt Bestes“! Er rief die Christen zu politischer Verantwortung auf: „Entzieht Euch als Christinnen und Christen nicht dem Auftrag, die gesellschaftliche Ordnung aktiv mitzugestalten und aus christlichen Grundsätzen zu handeln. Träumt Euch nicht weg in eine Ni-



sche, in der es sich behaglich leben ließe, sondern nehmt das Risiko auf Euch, Euch einzumischen.“

Beim Festakt in der Siegerlandhalle wies der Bundesvorsitzende Jochen Borchert auf die ursprünglichen Ziele des EAK hin:

- Es sollte ein klares Signal den evangelischen Christen in Deutschland gegeben werden. Dieses hieß: die politische Union aus katholischen und evangelischen Christen in der CDU ist Realität. Die Protestanten in Deutschland haben eine politische Heimat in der Christdemokratie.
- Das protestantische Vorurteil gegen die katholische



Fotos: Karl-Hermann Schlabach

FESTAKT ZUM
50-JÄHRIGEN
JUBILÄUM DES
EVANGELISCHEN
ARBEITSKREISES
DER CDU/CSU

CDU sollte ein für alle mal beseitigt werden, und um diesem Vorurteil zu entgegenen, sollte der EAK viele Protestanten für die Politik der Union gewinnen.

■ Der Dialog mit der Evangelischen Kirche sollte intensiviert und verbessert werden. Der EAK sollte als Brücke dienen, um Dialog und Begegnung zwischen Kirche und Politik zu fördern.“

■ Der EAK sollte in die Union hineinwirken, um evangelischem Gedankengut in der Partei Raum zu geben.

„Diesen Themenbereichen“, so Borchert, „ist der

EAK in den letzten 50 Jahren gerecht geworden.“ Allein dem EAK sei es zu verdanken, so Borchert, dass das „Band der Kommunikation“ zur Evangelischen Kirche in Deutschland nie abgerissen ist. Dies wurde auch von den Kirchenvertretern betont.

Unglaubliches Erlebnis

Roman Herzog drückte im ersten Satz seiner Festansprache das aus, was alle an diesem Tag fühlten: „Es ist ein unglaubliches Erlebnis! Die Älteren von Ihnen werden wissen, dass ich eine ganze Reihe von Jahren im Evangelischen Arbeitskreis im Bundesvorstand und dann als Bundesvorsitzender mitgearbeitet habe. Aber so einen Saal wie hier voller Menschen, voller motivierter Menschen, habe ich nie



erlebt, obwohl unsere Veranstaltungen seinerzeit auch nicht unterbesucht waren.“

Kein Zweifel: der EAK erfährt Aufwind. Der Wunsch nach christlicher Werteorientierung in der Gesellschaft allgemein, aber vor al-





lem bei den Mitgliedern der CDU/CSU ist wieder deutlich spürbarer geworden. Vorbei sind die Zeiten, als manche sich einbildeten, dass das „C“ in der Partei reine Ornamentik wäre. Vorbei auch die Angst, dass eine zunehmende Säkularisierung das „C“ in Frage stellen könnte.

Wertebestimmtheit setzt sich gegen Beliebigkeit durch! Das gilt auch im politischen Spektrum. Das „C“ ist und bleibt ein wichtiges Entscheidungskriterium für diejenigen, die in der Union Parteimitglied sind, und für diejenigen, die es werden wollen.

Gedankenschmiede

Seit 1952 glänzt dieses „C“ im Unionsnamen nun auch noch deutlicher im protestantischen Sinne und es wird durch die „Gedanken-

schmiede“ EAK immer wieder neu interpretiert und für die aktuelle Politik fruchtbar gemacht. Diese Eigenschaft des EAK hob die Parteivorsitzende bei ihrer Ansprache hervor: „Und dass es deshalb eine Organisation gibt, die sagt: ‘Wir wollen Tradition bewahren, aber wir sind auch bereit, in protestantischer Tradition quer zu denken’, das halte ich für eine der großen Leistungen des EAK.“

In verschiedenen Punkten machte Angela Merkel die Bedeutung des EAK

deutlich: „Ein Punkt, an dem der Evangelische Arbeitskreis als Mahner, als Sachwalter des Lebens in den vergangenen Monaten eine ganz herausragende Rolle gespielt hat, ist der, der sich mit den Grenzen des Lebens beschäftigt. Ein Punkt, in dem es erfreulicherweise eine sehr enge Übereinstimmung zwischen der Evangelischen Kirche und dem EAK gibt, eine Tatsache, die Anfang der 90er Jahre im Zusammenhang mit der Diskussion über den § 218 zehn Jahre später gar nicht erwartet werden konnte.“

Ein wichtiger Dienst

Helmut Kohl kam in seinem Grußwort zu der Feststellung: „Ich glaube, man kann heute 50 Jahre danach sagen, dass der EAK in den fünf Jahrzehnten seines Bestehens die Wertmaßstäbe-



nach denen er angetreten ist, und die Wurzeln, die er pflegt, immer wieder hochgehalten hat, und damit hat er unserer Partei, und ich sage jetzt bewusst ohne Übertreibung, auch unserem Land einen großen Dienst erwiesen.“

Roman Herzog lenkte zum Abschluss der Veranstaltung die Gedanken auf den Dialog der Kulturen und den Dialog der Religionen, damit auf ein Aufgabenfeld, das er dem EAK ans Herz legte. „Die Kräfte, die in der Welt entstanden sind – der Islam, der Hinduismus etc.–, die werden uns fragen, was glaubt ihr eigentlich?“ Auf diese Fragen muss die CDU/CSU stärker als bisher vorbereitet sein.

Das gute Gewissen der Partei

Eine Antwort, die nur das Wort „Freiheit“ kennt, wird nach der Einschätzung von Roman Herzog jedenfalls nicht ausreichen. Der EAK muss die Bedeutung des christlichen Bekenntnisses für das politische Handeln der Union deshalb auch in Zukunft deutlich benennen. Gäste und Redner kamen in der Hoffnung überein, dass der EAK auch in Zukunft „das gute Gewissen“ der Partei bleiben möge.

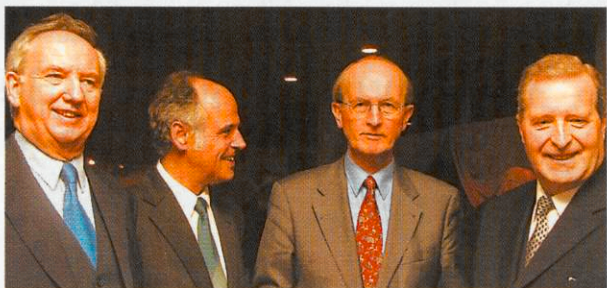


Foto: Tobias Utter



Angela Merkel **Gast** bei der Fraktionsklausur der Berliner CDU

Foto: Markus Wächter



Knapp fünf Monate nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat sich die Berliner CDU-Fraktion zu ihrer ersten Klausursitzung nach Sommerfeld in Brandenburg zurückgezogen, um eine erste Bilanz ihrer Oppositionsarbeit zu ziehen und die Themenschwerpunkte für die nächsten Wochen und Monate zu bestimmen.

Dabei wurde eines schnell deutlich: Die 35 Parlamentarier wollen mit Entschlossenheit, Geschlossenheit und Zuversicht an die Arbeit gehen und ihre Rolle als stärkste Oppositionsfraktion annehmen.

Neue Impulse für ihre Arbeit hat der Fraktion der Besuch der Parteivorsitzenden Angela Merkel gegeben –

”

Die Berliner CDU ist nach dieser Wochenende in der Opposition angekommen und hat einstimmig beschlossen, dass sie da ganz schnell wieder raus will.

Frank Steffel

ein Besuch, der das gute Verhältnis der Berliner CDU zum Bundesverband dokumentiert. Angela Merkel stellte die Wahlkampfstrategie und die Ziele der Union im bevorstehenden Bundestagswahlkampf vor und beschrieb die gute Ausgangslage von Edmund Stoiber.

Im Vorfeld der Klausur-

tagung hatte Fraktionsvorsitzender Frank Steffel zehn Thesen zum Neuanfang der Berliner CDU vorgelegt. Sie wurden von der Fraktion in Sommerfeld einmütig angenommen und waren Grundlage für die Tagung. Dabei waren sich alle einig, dass der Berliner CDU eine Neupositionierung vor allem im Bereich der Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik gelingen muss, um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem rot-dunkelroten Senat zu führen.

Der Leitantrag „Soziale und christliche Verantwortung für ein neues Berlin“ stand im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei kam die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis, dass eine stabile Wirtschafts- und Sozialordnung untrennbar miteinander verbunden sind und der Solidar- und Selbsthilfegedanke in allen Bereichen gestärkt werden muss. Effiziente wirtschaftliche Rahmenbedingungen neben der Senkung der Kosten für den Faktor Arbeit sind Voraussetzungen für stabile soziale Verhältnisse und haben direkte Auswirkungen auf die Finanzsituation eines Landes.

HANS-GERT PÖTTERING::

Der EU-Gipfel in Barcelona hat wichtige Grundlagen gelegt

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Ergebnisse des EU-Gipfels in Barcelona begrüßt und der spanischen EU-Ratspräsidentschaft unter Ministerpräsident José María Aznar seine Anerkennung ausgesprochen.

Der Gipfel habe in Schlüsselbereichen wichtige Grundlagen gelegt, auf denen jetzt mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung möglich werden können. Hierzu gehöre insbesondere die Liberalisierung von ca. 60 Prozent des Energiemarktes, weitere Fortschritte bei der Integration der finanziellen Dienstleistungen sowie die

Annahme der Kommissionsvorschläge für den Arbeitsmarkt. Positiv sei darüber hinaus die Annahme des Satellitennavigationsprojekts Galileo, aber auch die erneute Bekräftigung der Ziele des Stabilitätspaktes einschließlich des Abbaus der Haushaltsdefizite. Allerdings bedauerte Pöttering, dass die Liberalisierung des Energiemarktes für private Verbraucher wegen des französischen Widerstands noch nicht beschlossen werden konnte. Dies müsse so schnell wie möglich nachgeholt werden.

„Der Gipfel hat wichtige Grundlagen gelegt. Jetzt ist es an den Mitgliedstaaten, hierauf aufbauend ihren Teil zu mehr wirt-

schaftlicher Dynamik in der Union beizutragen“, erklärte Pöttering.

Hans-Gert Pöttering begrüßte die deutlichen Worte, die die Gipfelteilnehmer zur Lage im Nahen Osten gefunden haben. Die Europäische Union müsse ihren Beitrag dazu leisten, die Gewaltspirale zu beenden, um zu einer dauerhaften friedlichen Regelung zu kommen.

Die Grundlage hierfür sei die Anerkennung eines palästinensischen Staates und der Zukunft Israels in gesicherten Grenzen. Die Europäische Union habe in Barcelona das Signal gegeben, dass sie das ihr Mögliche zu einer Friedensregelung im Nahen Osten beitragen werde.

Ausdrücklich begrüßt wurde ebenso die Einbindung der Bezirke in die Fraktionsarbeit. Die Bezirksbürgermeister und Stadträte haben auf der Klausurtagung aus ihrer Sicht über die Auswirkungen und Konsequenzen der Senatspolitik auf die Berliner Bezirke berichtet

und die katastrophale Haushaltspolitik des rot-dunkelroten Senats kritisiert.

Die CDU-Fraktion will nun entschlossen und mit Geschlossenheit gegen die Konzeptlosigkeit von SPD und PDS angehen und – so wie es Frank Steffel formulierte – nach dem Abschluss

der erfolgreichen Aufbauphase Berlins 1998/99 mit neuem Tatendrang an die Arbeit gehen: frei nach dem Satz, den der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm in Sommerfeld formulierte: „Lieber ehrlich opponiert, als korruptiert regiert.“

UD



SPD-SKANDALE

Harte Fakten

Klüngel, Korruption, Komplizentum. Es läuft wie geschmiert. Es ist fast lustig, dass in dieser ehrenwerten Gesellschaft die Kölner SPD noch immer mit „Ehrenerklärungen“ arbeitet. Harte Fakten stehen dagegen: Ermittlungen gegen einen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt auf Grund des Verdachts der Steuerhinterziehung. Die PDS hat spätestens mit der Euro-Umstellung nichts mehr mit SED-Geldern zu tun, weil die ja noch in Mark von dunklen Mächten beiseite gebracht wurden. So viel Beton kann die SPD augenblicklich gar nicht anrühren, um ihren Fall in Köln einzubetonieren. Leipziger Volkszeitung

Noch längst nicht alles auf dem Tisch

Köln, Wuppertal, Kiel, Halle. Städte werden zum Symbol

für Korruption. Kein Tag vergeht, ohne dass nicht ein neuer Skandal aufgedeckt wird. Kommunalpolitiker, ein Oberbürgermeister, der Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holsteins, ein Bundestagsabgeordneter: sie alle waren gestern noch unbescholtene SPD-Politiker, heute ermittelt der Staatsanwalt gegen sie. Noch ist kein System zu entdecken. Noch lässt sich kein abschließendes Urteil fällen. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach ist noch längst nicht alles auf dem Tisch, werden weitere Namen genannt, weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

Sächsische Zeitung

Erhebliche kriminelle Energie

Die SPD setzte in den vergangenen Tagen alles daran, die jüngste Schwarzgeldaffäre auf ein lokalpolitisches Kleinformat zu stutzen. Sie riskierte dafür sogar einen Aufstand ihrer Kölner Basis, die sich durch die Abfrage von Ehrenerklärungen unter einen Pauschal-

verdacht gestellt sieht. Warum nur Kölner Amts- und Mandatsträger? Die Frage ist nur allzu berechtigt, wie sich gezeigt hat, als die Staatsanwaltschaft in Wuppertal zuschlug. Offenbar hat es auch dort die SPD mit dem Gesetz nicht allzu genau genommen. Oberbürgermeister Kremendahl will zwar die für seinen persönlichen Wahlkampf gespendete halbe Million Mark nicht selbst in Empfang genommen haben, bestreitet aber nicht, von diesem Geldsegen gewusst zu haben. Kann ihm entgangen sein, welcher Aufwand getrieben wurde, um die Herkunft der Großspende zu verschleiern? Das Einschalten von Stroh Männern und das Stückeln in sechs Tranchen zeugten jedenfalls von erheblicher krimineller Energie.

Frankfurter Allgemeine

Wenn es der SPD mit der Aufklärung ernst wäre ...

... dann nähme sie sich die Bezirke und Unterbezirke vor, die keine Geldsorgen

NEU NPOST INTERNKUR WIRTSCH

Gründungsjahr 1999

hatten, und würde schauen, wie es dazu kam. Viel zu viel Arbeit? Na ja, sie könnten mit denen beginnen, in denen die SPD Bürgermeister, Landräte und Minister oder gar Ministerpräsidenten stellt. Wenn man dann noch schaut, wo Aufsichtsrats- und Vorstandsposten mit den richtigen Parteibuchinhabern besetzt wurden, dann wird man bald fündig werden. Immer noch zu viel Arbeit? Wahrscheinlich. Aber so wäre die SPD immerhin in der Lage, einmal selbst einen Skandal aufzudecken. Berliner Zeitung

ROT-GRÜN

Nerven liegen blank

Das klingt sehr nach Originalton Schröder, auch wenn jener Spruch dementiert wurde: „Wenn Metzger nicht aufhört, schmeiß' ich euch raus.“ Doch ohne die Beharrlichkeit des Haushaltsexperten der Grünen wäre die Regierung in eine riskante Lage gestolpert: Wegen Verstöße gegen das

Haushaltsrecht drohte das international wichtige Militärprojekt des Airbus-Transportflugzeugs vor dem Verfassungsgericht zu scheitern. Daher müsste der Kanzler Metzger eigentlich dankbar sein. So ist es eben in der Endphase der rot-grünen Regierung vor der Wahl. Die Nerven liegen blank, die Energie reicht nicht mehr zur soliden Gesetzgebung. Kein Wunder: Die Umfragewerte sind abgestürzt; die SPD-Spendenaffäre durchkreuzt die Wahlkampagne einer „Koalition der Anständigen“; die Minister Riester, Scharping und Schily wetteifern um die Pannen-Prämien.

Rheinische Post

NAHOST

Die USA meinen es ernst

Wieder einmal hat es George W. Bush geschafft, diejenigen zu verblüffen, die im Präsidenten einen aus der Hüfte schießenden Cowboy und unverbesserlichen Unilate-

ralisten sehen wollen. Die von den USA eingebrachte Resolution des Weltsicherheitsrats erhebt die Friedenspläne des CIA-Direktors George Tenet und des früheren Senators George Mitchell zur Politik der Weltorganisation. Wer Bush vor einer Woche erlebte, als er die Nahost-Mission seines Stellvertreters Dick Cheney und seines Sondergesandten Anthony Zinni erläuterte, Jassir Arafat zu „größeren Anstrengungen“ aufforderte und die Übereinstimmung mit „meinem Freund Ariel Scharon“ unterstrich, der spürte: Amerika meint es ernst. Und: Israel hat nichts zu befürchten. Wenn der Sicherheitsrat nun auch von einem Staat Palästina spricht, so wiederholt er nur, was sowohl Bush als auch Scharon selbst verschiedentlich gesagt haben. Die Lösung des Palästina-Problems kann nur Schlussstein einer umfassenden Lösung des israelisch-arabischen Konflikts sein. Dessen Parameter dürften sich in absehbarer Zeit, wenn Saddam Husseins Uhr abgelaufen ist, entscheidend verändern. Die Welt



Finanzen

Kommunen stärken

Finanziellen Handlungsspielraum
zurückgewinnen!

kpV
www.stark-vor-ort.de

Leporello „Finanzen – Kommunen stärken“

Best.-Nr.: **2850**

100 Expl.: 15,00 €

(16,05 €)

Statut, Stand 1. 3. 2002

Best.-Nr.: **3363**

20 Expl.: 11,50 €

(12,30 €)

Leitsätze

Leitsätze zu Entscheidungen des Bundesparteigerichts der CDU

1969 bis 2000

CDU

Leitsätze Parteigericht, Best.-Nr.: **3723**

20 Expl.: 36,00 € (38,52 €)

Statut

Statut der CDU Deutschlands

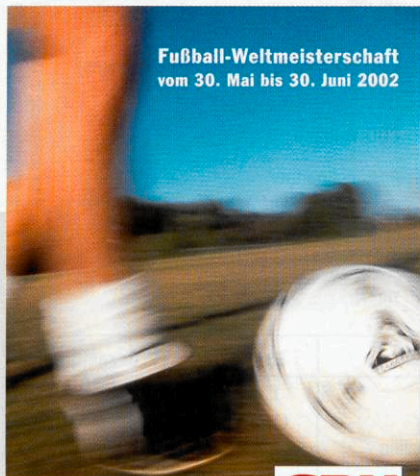
Finanz- und
Beitragsordnung
Parteigerichtsordnung
Geschäftsordnung
Parteiengesetz

CDU

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen
berechnet.



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Fußball-Weltmeisterschaft
vom 30. Mai bis 30. Juni 2002



Wir haben den Plan.

Fußball-WM-Kalender

70 x 105 mm

Best.-Nr.: **9849**

500 Expl.: 23,00 € (26,68 €)

Ab dem 8. April im Versandzentrum vorrätig!

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de